

**Protokoll über die Online-Video-Konferenz des Fachausschusses „Kinder und Bildung“
des Stadtteilbeirats Findorff am 02.05.2022**

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:40 Uhr

Nr.: XIII/02/22

Teilgenommen haben:

Helga Eule

Frau Anja Wohlers

Christian Gloede bis 19:00h

Kevin Helms

Frau Hille Brünjes

Pia Straßburger ab 19:00h

Christian Weichert

Thorben Bunse

Verhindert ist:

Herrn Jan-Thede Domeyer

Tom Hellmann

Gäste:

Petra Albers (SKB), Wolfgang Bulling (SKB), Goetz Brinkmann (SKB)

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XIII/01/2022 vom 08.02.2022

TOP 3: Aus- und Umbau OS Findorff

Dazu: Petra Albers und Goetz Brinkmann (SKB)

TOP 4: Grundschulkapazitäten, hier 3-Zügigkeit Weidedamm

Dazu: Petra Albers und Wolfgang Bulling (SKB)

TOP 5: Beschulung ukrainischer Schüler*innen

TOP 6: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

Hier: Kitastandortplanung und Neubau/Umbau GS Admiralstraße
Beteiligungsverfahren Schulstandortplanung

TOP 8: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

TOP 1: Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr.: XIII/01/2022 vom 08.02.2022

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 3: Aus- und Umbau OS Findorff

Die Schule liegt in der Zuständigkeit von Herrn Wienhold, welcher verhindert ist. Herr Brinkmann trägt die Informationen zum Sachstand des Umbaus/ der Sanierung vor. 2017/2018 wurde demnach in einer Machbarkeitsstudie skizziert, wie eine 6-Zügigkeit realisierbar ist. Es wurde eine Erweiterung des Geländes Nürnberger Straße auf die angrenzende Kleingartenfläche vorgeschlagen, sodass ein Umzug des 7. Jahrgangs erfolgen kann. Damit würden räumliche Kapazitäten am Standort Regensburger Straße geschaffen.

2018 wurden Mobilbauten für 4 Klassen errichtet, der Umbau sollte beginnen, verzögerte sich allerdings aus Brandschutzgründen. Immobilien Bremen (IB) wurden mit der Masterplanung beauftragt, diese stockten ebenfalls und wurden 2021 erneut aufgenommen.

Im März 2022 wurde die Sanierung der Naturwissenschaftsräume beauftragt (2,16 Millionen Euro aus dem Bremenfonds). Die Maßnahme soll in diesem Jahr beginnen und ist laut Schulleitung überfällig, da die Räume den aktuellen Sicherheitsbestimmungen nicht gerecht werden.

Für die Ausbauplanung sei die Sporthallenfrage entscheidend, so Goetz Brinkmann. Unklar sei, ob die Halle Nürnberger Straße noch nutzbar sei oder ob es einen Neubau brauche. Zudem werde mit der Erweiterung ein zusätzliches Hallenfeld notwendig. Zum Planungsstand Standort Nürnberger Straße soll im Herbst berichtet werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass es gut sei, dass die NaWi-Räume saniert werden, dass aber der dringende Umbau des Schulgebäudes wenig dargestellt wurde, den es für die Bewältigung der Gesamtschüler*innenzahl brauche, zudem müsse Barrierefreiheit gewährleistet werden.

Als problematisch wird die späte Planung angesehen. Die Problemlagen seien lange bekannt, bis zur Fertigstellung müsse vermutlich mit mindestens 5 Jahren gerechnet werden. Die Schüler*innen seien aber bereits da, diesen Sommer wird der der neue fünfte Jahrgang sechszügig aufgenommen. Das könne die Schule durch Verzicht auf Differenzierungsräume ein weiteres Jahr lang machen, dann gebe es keine Möglichkeit mehr. Daher müsse dringend eine Interimslösung geschaffen werden. Die Interimslösung alleine reiche aber nicht, da sich in den Grundschulen eine Zunahme der Schüler*innenzahlen auch im Stadtteil abzeichnet. Goetz Brinkmann nimmt das mit. Die Sanierung von Dach und Erneuerung der Dachfenster an der Regensburger Straße sei ausgeschrieben worden.

Laut Schulleitung ist eine Priorisierung der Maßnahmen wichtig. Gut sei, dass die NaWi-Räume nun instandgesetzt würden, zudem sei der Erweiterungsbau dringend notwendig.

TOP 4: Grundschulkapazitäten, hier 3-Zügigkeit Weidedamm

Frau Albers stellt die Situation dar. Am Weidedamm stünden 11 Klassenräume zur Verfügung, sodass 3 Jahrgänge dreizügig, einer nur zweizügig aufgenommen werden könnten, damit fehlt zur Einschulung 2023/24 ein Klassenraum für den dritten Klassenverband. Zudem müsse der Ganztagsausbau vorangetrieben werden, da er gesetzlich festgelegt sei.

Eine Aufstockung der bereits stehenden Container sei nicht anzuraten, daher müsse eine neue Lösung gefunden werden. In 2023/2024 müsse es eine Umverteilung der Schüler*innen geben, da dieser Jahrgang nur zweizügig starten könne. Eine Alternative zur Aufteilung wird nicht dargestellt. Zum Gesamtausbau stünden alsbald Gespräche zu Finanzierung und Planung an.

Die Einführung des Ganztagsbetriebs soll laut SKB zügig erfolgen, da während des Umbaus die Hortgruppen nicht mehr vorgehalten werden können. Daher müsse die Ganztagschule in Betrieb gehen, bevor die Umbaumaßnahmen beginnen. So könnten die Räume für Unterricht und Betreuung genutzt werden. Geplant ist, dass der Ergänzungsbau bis zum Schuljahr 2026/2027 steht. Es wird darauf hingewiesen, dass der Ganztagsbau ohne Ergänzungsbau nur eine kurze Übergangsphase sein darf, max. 2-3 Jahre.

Die Schulleitung betont, dass bis zu den Sommerferien eine Entscheidung wegen der Umverteilung erfolgen muss. Die Kinder seien da, es müsse zeitnah eine Lösung her. Die anderen Schulleitungen aus dem Stadtteil heben hervor, dass eine Umverteilung im Stadtteil nicht möglich ist, da auch die anderen Grundschulen keine räumlichen Kapazitäten mehr haben.

Es wird nach dem LIS als möglichem Schulstandort gefragt. Es hat dazu bereits Gespräche gegeben, allerdings sei das Vorhaben schwierig, sodass die Behörde auf andere Lösungen setze.

TOP 5: Beschulung ukrainischer Schüler*innen

Die Schulen berichten über die aktuelle Situation. Die Schulen haben einzelne Kinder aus der Ukraine aufgenommen, bisher seien die Erfahrungen sehr gut, es wird weitgehend als Bereicherung auch für die Schüler*innen empfunden. Unklar ist noch, ob eine Willkommensklasse besucht werden muss oder ob die Schüler*innen teilweise in Überkapazität weiter unterrichtet werden dürfen. Bei allem Positiven sei es aber auch eine Herausforderung, auch, weil es beispielsweise an I-Pads fehle. Dringend notwendig sei die Klärung der Anerkennung der ukrainischen Abschlüsse, hier sei die KMK (Kultusministerkonferenz) gefragt.

TOP 6: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

a) Kitastandortplanung und Neubau/Umbau GS Admiralstraße

Es wird nachgefragt, wie die Kosten für Umbau/Neubau Admiralstraße kalkuliert wurden und warum der Unterschied zwischen Neubau Kita+Schule und Neubau Schule so gering ist. Die mittlerweile veraltete Kalkulation soll zugeschickt werden.

Zu den Kitastandorten: Es werden nach derzeitigen Planungen in Findorff zwei zusätzliche Kitastandorte benötigt, hier wird neben der BSA das Gelände am Torfkanal geprüft. Sollte dort eine Kita nicht möglich sein, bleibe nur die Admiralstraße als Standort. Es wird darauf hingewiesen, dass es zur Flächennutzung am Torfkanal vermutlich keine schnelle Entscheidung geben wird, sondern der Prozess sich in die Länge zieht. Das macht Sorge im Hinblick auf die notwendige Entscheidung zum Schulgebäude Admiralstr. Die Schulleitung verweist noch einmal auf den Umstand, dass mit wachsenden Kinderzahlen im Stadtteil zu rechnen ist (unter anderem geplante Wohnbebauung auf der Plantage im Einzugsgebiet der Schule) und dass es aus pädagogischer Sicht nicht gut vorstellbar ist, sie alle auf dem recht kleinen Grundstück angemessen zu beschulen und zu betreuen.

Wolfgang Bulling erläutert den Platzbedarf der Kita, es seien 846 qm Baufläche (auf mehr als einer Ebene) und 600qm Außenfläche. Die Standards für Kitakinder und Schulkinder könnten gehalten werden.

Die Schule soll vorerst nicht zur Ganztagschule umgestaltet werden, das erfolge im Rahmen der rechtlichen Voraussetzungen zu einem späteren Zeitpunkt.

Es wird erneut auf die Situation der Schultoiletten hingewiesen. Hier gab es einen Vor-Ort-Termin, laut IB und Liegenschaften seien die Toiletten nicht sanierungsbedürftig. Das wird infrage gestellt und ein neuer Termin soll vereinbart werden, über den der Fachausschuss informiert wird.

b) Beteiligungsverfahren Schulstandortplanung

Die Anpassung zur Schulstandortplanung wird zur Kenntnis genommen. Einstimmig.

TOP 8: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Es liegt ein Antrag der Grünen zur weiteren Prüfung von möglichen Kitastandorten vor (siehe Anhang). Er wird diskutiert und mit der Ergänzung abgestimmt, dass das LIS insgesamt als Standort in den Blick genommen werden soll.

Der Antrag wird bei einer Enthaltung angenommen.

Vorsitz/Protokoll:

Sprecherin:

- Carolin Wohlgemuth -

- Helga Eule -